

Piraten Ratsfraktion  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen

Ansprechpartner:  
Dr. Meinhart  
Ramaswamy  
0551 / 400-3077



*Ratsfraktion*



■ Neues Rathaus, 1. Stock, Zimmer 196  
■ Hiroshimaplatz 1-4  
■ 37083 Göttingen  
■ Telefon: +(49) 551 400 2499  
■ Fax: +(49) 551 400 2079  
■ [antifa-linke-fraktion@goettingen.de](mailto:antifa-linke-fraktion@goettingen.de)  
■ [www.antifa-linke-goettingen.de](http://www.antifa-linke-goettingen.de)

Antifaschistische LINKE. Ratsfraktion Hiroshimaplatz 1-4 37083 Göttingen

Göttingen, 03.06.2016

## **Antrag: „Entscheidung des Asylantrags/Aussetzung der Abschiebung“**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Göttingen fordert die Ausländerbehörde auf, den Antrag der Anwältin der Familie Krasnici/Osmani nach § 25a Aufenthaltsgesetz (Aufenthalt aus humanitären Gründen) vom 31. März umgehend zu entscheiden, damit die Kinder der Familie wieder in die Schule gehen können und ein legalisiertes Leben führen können.

Bis zu einer Entscheidung möge die Ausländerbehörde eine Aussetzung der Abschiebung verfügen. Eine Duldung kann auf dem Ermessenswege erteilt werden, wenn persönliche oder humanitäre Gründe dafür sprechen. (Aus der Antwort des MI auf eine mündliche Anfrage im Nds. Landtag vom 22.1.2016 Quelle: PI 031 LT Mdl Anfr. 43, Asylbewerber) - das ist notwendig, damit die Familie sich in Göttingen offen zeigen kann.

### **Begründung:**

Die Familie hat einen Asylantrag laufen, den das BAMF auch bestätigt hat und eine Registrierung in Friedland als notwendig erachtet. Aus Angst festgenommen zu werden, kann die Familie ihr Recht auf Bearbeitung des Asylantrages nicht nachkommen.

Die Verwaltung der Stadt Göttingen hat die Familie in den letzten Wochen mehrfach eine Aufforderung ihr Kind Almedin zur Einschulungsuntersuchung (Mai-Termin und Juni-Termin) zu bringen zugestellt, dieser wird aus Angst vor Festnahme nicht nachgekommen.

Es läuft ein Bußgeldverfahren der Stadt Göttingen gegen die Familie (letztes Anschreiben 17.5.) wegen des unentschuldigten Fehlens in der Schule. Die Kinder und die Familie

möchten den Schulbesuch fortsetzen, wegen der Androhung auch einzelne Familienmitglieder festzunehmen, wird dem nicht nachgekommen.

Der Gesundheitszustand ist inzwischen bei einigen Familienmitgliedern bedenklich und es ist dringend geboten ärztliche, psychologische Versorgung aufzusuchen, was aus der Angst vor dem Erkanntwerden derzeit nicht erfolgt.

Einen Vorschlag der Ausländerbehörde von Anfang April eine Lösung in dem Fall zu erreichen, den die Familie vorbehaltlos akzeptierte, wurde vom OB Köhler abgelehnt zu unterzeichnen (Schreiben vom 20.5. eingegangen 25.5.).

Einen entsprechenden Vorschlag zur Vorgehensweise hat die Anwältin der Familie dem OB Köhler und der Ausländerbehörde unterbreitet.

